Bavar.
1559
h

Über die ältesten a.
innere Lage Bayerns.

Bav.
1559 h
Kurz

Digitized by Google

<36630049320017

<36630049320017

Bayer. Staatsbibliothek

Bavar.
539. h

1559 h

Ueber die äußere und innere Lage Bayerns

an die

Urwähler und Wahlmänner

des

V. Landtags-Wahlbezirkes von Unterfranken und Aschaffenburg.

Zur Erinnerung

an die

Wahlversammlung zu Aschaffenburg.

vom 19. Mai 1869.

Aschaffenburg.

Druck der Jakob Wilhelm Schippner'schen Druckerei.
1869.

A. h

BIBLIOTECA
REGIA
TAVICENSIS

Geehrte Verſammlung!

Unter den Männern, welche zur Vertretung dieſes Bezirkes in dem neu zu wählenden Landtage in Vorſchlag gebracht wurden, iſt auch mein Name genannt worden, und es erging an mich die Aufforderung, in Ihrer Mitte meine Anſchauungen über die äußere und innere Lage unſeres geliebten, theueren Bayernlandes darzulegen.

Ich finde es begreiflich, daß Sie in einer ſo wichtigen Angelegenheit nicht blos einer oberflächlichen Meinung, ſondern der vollen Ueberzeugung bedürfen, daß derjenige, welchem Sie ein ſo hohes Vertrauen ſchenken ſollen, vollkommen ihren Anforderungen entſpricht, und ich bin um ſo lieber bereit, der erwähnten Einladung zu folgen, als ich einerſeits aus meinen Gefühlen und Anſichten niemals ein Hehl gemacht und auch Ihnen nichts zu verheimlichen habe, anderſeits aber auch recht wohl einſehe, daß bei ſolchen Wahlen beide Theile, die Beauftragten ebenſo wie die Auftraggeber ihre Anſchauungen austauſchen müſſen, weil auch der Beauftragte nur dann für ſeine Aufgabe einen feſten Anhaltspunkt findet, wenn er ſich in Uebereinſtimmung mit ſeinen Wählern weiß. Auch der Gewählte muß von dem Gedanken getragen ſein, daß ſeine eigenen Geſinnungen die ſeiner Wähler ſind; dieſe Uebereinſtimmung muß öffentlich anerkannt und förmlich conſtatirt ſein, denn ſie iſt das eigentliche Siegel an der Legitimationsurkunde ſeines Wirkens, aber auch der einzige feſte Boden, auf welchen er dereinſt ſeine Verantwortung ſtützen kann.

Glauben Sie es mir auf mein Wort, nicht um jeden Preis, nicht aus eitler Ehrſucht, ſondern nur unter der Vorausſetzung einer ſolchen Uebereinſtimmung möchte ich ein Mandat zum Landtage von Ihnen annehmen. Nicht blos am Wahltage, ſondern immer müſſen ſich die Wähler und der Gewählte offen ins Auge ſchauen können. Ich verſchmähe eine Popularität, welche durch eitle und leere Verſprechungen erworben wird; für den Erfolg ſeines Wirkens kann niemand einſtehen, den Segen gibt nur der Himmel, aber an dem Menſchen iſt es, offen, wahr und treu zu ſein.

Erwarten Sie von mir keine wohlgegliederte Rede; was in dieſer Beziehung fehlt, das will ich durch Aufrichtigkeit zu erſetzen mich beſtreben.

Zuerſt nun meine Meinung über die politiſche Lage und äußeren Beziehungen unſeres Landes.

Wenn ich hier von Parteien spreche, so verstehe ich darunter — was ich, um Mißverständnissen zu begegnen, bemerke — nur die Fortschritts- und nationalliberale Partei. Ueber die sogenannte Mittelpartei, in welcher Form sie auch aufgetreten sein mag, will ich mich jeder Aeußerung enthalten, schon im gegenwärtigen Augenblicke hat das Land durch das Ergebniß der Urwahlen über sie gerichtet. Der hiesige freisinnige bayerische Verein soll uns am 12. d. M. begraben haben und so sind wir für ihn, und er ist für uns todt.

Meine Herren!

Von jedem Manne fordere ich eine Ueberzeugung; daß er derselben treu bleibe, und sie in schwierigen Zeiten offen und unerschrocken bekenne, ist die erste Pflicht des Staatsbürgers. Diese Ueberzeugungstreue und dieser Patriotismus waren von jeher eine gerühmte Tugend der Bayern; für ihr Land und ihren Fürsten gingen sie in den Tod, das war ihr höchster Stolz.

Das verhängnißvolle Jahr 1866 hat aber eine eigene Sorte von Menschen bei uns erzeugt, oder doch entpuppt, welche ihre Ueberzeugung nach dem Erfolge richten. Ich muß zugestehen, daß diese Art Politik zu treiben sehr bequem ist, ihre Anhänger sind immer im Fahrwasser, heute so, morgen so, ändern sich die Erfolge, so ändern sich auch ihre Ueberzeugungen, sie gehen stets mit der herrschenden Ansicht. Allein es ist sehr leicht einzusehen, daß solche Leute sehr unzuverlässig und gefährlich, daß ihre Politik eine sehr feige und charakterlose ist; sie haben immer ein Wort bereit, um ihrer Sache ein schönes Kleid umzuhängen, allein sie erklären, wie ein bekannter Staatsrechtslehrer früher sagte, jede äußerlich erscheinende Macht als Recht, sie wissen von keinem anderen Rechte, als von dem des momentanen Sieges, von keinem Unrecht, als dem der Niederlage.

Jede Usurpation wird von ihnen verdammt, wenn sie im Versuche erstirbt, und sofort anerkannt, wenn sie Erfolg hat. Sie geben vor, den bestehenden Zustand zu schützen, und untergraben ihn; sie rühmen sich, die lebendige Fortbildung der Dinge zu unterstützen, und huldigen doch immer nur der zufälligen jeweiligen Gegenwart. Sie haben keinen Glauben an den sittlichen Gehalt und keine Einsicht in die geistige Natur des Rechtes. Lassen wir uns nie von ihren Versicherungen täuschen, lassen wir uns namentlich jetzt nicht durch die Betheuerungen täuschen, daß es sich bei der Wahl der Abgeordneten zu unserem Landtage nur um die Auffindung von Männern handle, welchen der freisinnige Ausbau unserer inneren Angelegenheiten, und die Beibehaltung eines freisinnig constitutionell monarchischen Regierungssystems am Herzen liege.

Wo wären dann die Gegner, wenn nur die Erhaltung und die stufenweise sichere Entwicklung dieser Güter ohne Ueberstürzung in Frage wäre? Einen solchen Fortschritt wollen wir Alle, wir Alle wollen das größtmöglichste Wohl für die größtmöglichste Anzahl. Sein eigenes Land verwüstet gewiß kein weiser Mann; auch wir wissen, daß nur dann, wenn

in des Baumes Innern das Mark zeheiht, auch seine Zweige, Blätter, Blüthen und Früchte treiben.

Nein, meine Herrn, die Hauptfrage dreht sich jetzt um die Existenz un Selbständigkeit unseres Staates, unseres Bayernlandes, es handelt sich vor Allem darum, ob wir Männer finden, welche den festen Entschluß haben, die von unseren Eltern ererbte Freiheit und Unabhängkeit unseres Volkes und unseres Thrones auch unseren Kindern zu bewahren, ob das Recht noch den Muth hat, jenen nordischen Gelüsten ein entschiedenes Nein entgegenzurufen, oder ob wir die größte Schmach freiwilliger Knechtschaft übernehmen, und unseren Nacken, gleichgiltig, ob heute schon oder allmählich, beugen wollen unter den Willen jenes preußischen Königs, dessen Thun und Trachten durch die neuesten Enthüllungen über den Krieg des Jahres 1866 in das hellste Licht gezogen worden sind.

All' das Gerede von einer Partei, welcher es nur darum zu thun sei, den Schleier der Finsterniß und der Verdammung über das Volk zu ziehen, und unsere Entwicklung mit Hülfe der Religion in die Barbarei des Mittelalters zurückzudrängen, all' dieses Gerede ist ein listiges Manöuver, um die Hauptfrage der Erhaltung unserer staatlichen Existenz in den Schatten zu stellen. Zum Beweise, daß dem so ist, könnte ich Sie, m. H., einfach auf die Sprache der gesammten patriotischen Presse verweisen, welche uns täglich ihren Mahnruf zuschickt, daß es die höchste Zeit sei, der Verpreußung der deutschen Südstaaten die Thore zu schließen; allein ich will mich mit dieser Berufung auf die Presse nicht begnügen, ich kann Ihnen auch andere Belege dafür vorführen. Wer hätte vor 1866 es für möglich gehalten, daß eine Zeit kommen werde, in welcher man in Bayern die Anhänger an ihre Verfassung und an die Selbstständigkeit ihres Königs für eine bloße Partei im Staate erklären, und Spott und Hohn über sie ausgießen würde; wer hätte es damals für möglich gehalten, daß man in Bayern einmal offen und ungestraft verkünden dürfe, daß es auf dem Wege zum Anschlusse an Preußen auf die Veräußerung einiger Kronrechte nicht ankomme; wer hätte es vor dem Jahre 1866 für möglich gehalten, daß man in der Landeshauptstadt die Fahne des sogenannten Fortschrittes, die Preußenfahne, offen und ungestraft entfalten und aufstecken dürfe?

Diese Erscheinungen erfordern die ernsteste Erwägung.

Wo ist jetzt unser Feind, ist er etwa in Frankreich? Nulla est natio quam pertimescamus, intus periculum inclusum est, intus est hostis! — Wir haben keine fremde Nation zu fürchten, in Deutschland ist die Gefahr eingeschlossen, im Lande ist der Feind!

Es wiederholt sich jetzt ganz dasselbe Schauspiel wie bei den Zollparlamentswahlen — damals sollten es nur Zoll- und Handelsfragen sein, wie jetzt nur Fragen der inneren Gesetzgebung, und doch sollte die erste Handlung des Zollparlamentes eine Huldigungsadresse der Südstaaten an den Preußenkönig sein. Das Zollparlament sollte den Wunsch nach einer Erweiterung seiner Zuständigkeiten aussprechen, und dann, so dachte man, würden die bayerischen Kammern diesen Wunsch geneh-

migen, es würde ſich dann die Sache von ſelbſt machen, unſer Eintritt in den — einen großen Preußenſtaat nur vorbereitenden — Nordbund würde ſich als etwas Selbſtverſtändliches auch von ſelbſt vollziehen.

Sorgen wir Alle dafür, daß die deutſche Frage nicht noch einmal in Berlin allein, aber auch nicht in Frankreich und Italien, ſondern in München, Stuttgart, Karlsruhe und Darmſtadt und auch in Wien **mit**entſchieden werde. Nur als ein Ganzes iſt die deutſche Nation groß und hehr und mächtig und unangreifbar — getheilt müßten wir unſeren deutſchen Charakter ändern und ein Eroberungsſtaat werden, wie Preußen es iſt; unabſehbare Kriege und unermeßliches Elend wären davon die Folgen.

Das iſt jetzt eine überall anerkannte Wahrheit, daß der Zollvertrag vom 8. Juli 1867 der erſte Schritt zur Einverleibung der ſüddeutſchen Staaten in Preußen war, dieſe Einverleibung ſelbſt aber nur eine Frage der Zeit iſt. Zur Begründung dieſer Behauptung genügt die Darlegung der Stellung, welche die Krone Preußen bei dieſem uns von dem Sieger diktirten Vertrage einnimmt. Sie allein iſt allmächtig, ſie hat das berüchtigte „Veto", alle übrigen Regierungen und ſelbſt das Zollparlament haben nach dem Stimmverhältniſſe im Grunde nicht viel mehr als das Recht des Redens, während das Recht des Beſchließens blos Preußen hat. Im neuen Zollverbande ſtehen ſonach die ſüddeutſchen Staaten unter der Oberherrlichkeit, d. h. Souveränetät der Krone Preußen. Der Zollvertrag hat aber nicht bloß Zölle zum Gegenſtand, ſondern er greift auch in das Gebiet der inneren Beſteuerung der dazu getretenen Länder ſelbſt über, indem er ſich in Art. 3 bereits die Tabak- und Salzſteuer angeeignet, und in Art. 5 ſich die Beſteuerung der inneren Erzeugniſſe vorbehalten hat. Damit iſt der Anfang gemacht das Gebiet der indirekten Beſteuerung ein weſentliches Hoheitsrecht ſelbſtſtändiger Staaten in die Competenz des Zollparlamentes, eigentlich der preußiſchen Regierung zu ziehen, und daß dann die geſammte innere Beſteuerung dieſer Compentenz anheim fallen wird, iſt eine unabwendbare Folge, weil die indirekte Beſteuerung ein gewiſſes Syſtem erfordert, und in Preußen auch in der That in ein entſetzliches Ausſaugungsſyſtem bereits ausgebildet worden iſt. Welche enormen Nachtheile daraus im Staatshaushalte, namentlich für Bayern entſtehen würden, braucht man nicht weiter auseinanderzuſetzen, es genügt auf unſeren Malzaufſchlag zu verweiſen, durch deſſen Hineinziehung in die allgemeine Zollbundeskaſſe wir Preußen förmlich tributpflichtig würden Es würden dann alle übrigen preußiſchen Steuern, die Mahl- und Schlachtſteuer, Klaſſenſteuer, Branntwein- und Spiritusſteuer, Wechſel- Quittungs-, Börſenſteuer, Eiſenfahrbilletſteuer ꝛc. ꝛc. wie die Landplagen Aegyptens über uns um ſo ſicherer hereinbrechen, als einzelne derſelben, z. B. die Börſenſteuer auf die Grenzen Preußens gar nicht eingeſchränkt werden können, ohne den Börſenverkehr aus Preußen hinauszudrängen.

Dieſer Zollvertrag wurde für Bayern zur unſprengbaren Feſſel. Man tröſte ſich ja nicht mit der Hoffnung, daß, wenn Preußen mit

dem Vorſchlage hervortreten würde, die Competenz des Zollparlaments auf dem Gebiete der inneren Beſteuerung zu erweitern, Bayern in dieſem Falle aus dem Zollverein austreten könnte. Dieſer Troſt iſt eitel und trügeriſch, es würde ſich derſelbe Sturm der materiellen Intereſſen der Bourgeoiſie erheben, wie damals, als es in unſerer Kammer galt, ſich dieſer liebevollen nationalen Umarmung Preußens zu erwehren, und dem Vertrage die Genehmigung zu verſagen.

Wer den Eintritt in den Nordbund zwar verwirft, aber die Erweiterung des Zollparlaments anempfiehlt, der iſt entweder ſelbſt getäuſcht, oder er will uns täuſchen.

Gewiß war die Zolleinigung des Jahres 1834 eine große deutſche That, und von den wohlthätigſten Folgen für Handel und Verkehr, ſie ſtärkte das Gefühl der Zuſammengehörigkeit der deutſchen Staaten, und m. H., ich bin gewiß nicht der Letzte, der dieſes begreift und anerkennt, aber zwiſchen jenem Vertrage und dem jetzt geltenden iſt ein großer und ſehr bedeutender Unterſchied; dieſer Vertrag hat uns um einen Theil unſerer ſtaatlichen Selbſtſtändigkeit gebracht, er hat uns einem uns fremden Beſteuerungsſyſtem unterworfen, bei welchem nicht gefragt werden kann, ob die angeſonnenen Steuern abſolut nothwendig ſind, er hat uns in die Unmöglichkeit verſetzt, unſere weſentlich verſchiedenen Handels- und Induſtrie-Intereſſen im Norden zur Geltung und Anerkennung zu bringen.

Aehnlich iſt es mit dem Vertrage vom 22. Auguſt 1866, in welchem der König von Bayern den Oberbefehl über ſeine Truppen im Kriegsfall zum Schutz und Trutz an den König von Preußen übertragen mußte.

Beide Verträge ſind nach den Lehren des Völkerrechtes von Anfang an ungültig, weil auf Selbſtſtändigkeit und Souveränetätsrechte kein Staat verzichten kann, ohne ſein Weſen und ſich ſelbſt aufzugeben, und weil jene Verträge in dem Friedensvertrag mit Preußen wenigſtens öffentlich nicht einbedungen waren. Allein ich ſage nicht — und ich betone dieſes Leuten gegenüber, welche die Worte herumzudrehen lieben — ich ſage nicht, daß dieſe Verträge von unſerer Seite nicht gehalten werden ſollen, denn jeder Bayer hält ſein Wort; aber ich kann mich für dieſe Verträge oder gar für ihre Erweiterung nicht begeiſtern, um ſo weniger, als wir bereits wiſſen, welchen Schutzes wir uns (im Kriegsfalle, den nur Preußen verſchulden kann,) von Preußen zu verſehen haben.

Ich weiß es, daß man meinen Anſchauungen die ſog. nationale Sache, und die Pflicht entgegenhält, welche uns verbindet, der deutſchen Nationalität Opfer zu bringen. Ich erkenne die Forderung als vollberechtigt an, daß wir uns für ein großes, ganzes und **einiges** Deutſchland (ich meine nicht den Einheitsſtaat) begeiſtern ſollen, und bin mir auch bewußt, daß mich jener Vorwurf nicht mit Recht trifft; ich hoffe deßhalb, daß es mir gelingen werde, mich dagegen vor Ihnen vollkommen rein waſchen zu können. Auch die Begeiſterung für das Erhabene und Schöne hat ihre Grenzen, wenn die Wirklichkeit ſo traurig iſt, wie die unſrige. Volk m. H. iſt der Inbegriff aller Men-

schen, welche in einem selbstständigen Staate leben. Wir Bayern waren sohin bisher wohl ein Volk, obgleich dieses in Berlin bei dem Zollparlamente Jemand bestreiten wollte. Nation dagegen ist der Inbegriff von Menschen, welche, wenn auch nicht nachweisbar, doch zufolge ihrer Gemüthsart, Denkart, Sitte und Sprache gemeinsamer Abstammung sind. Dazu gehören alle Deutsche, auch die Oesterreicher, obgleich das Jahr 1866 auf der Landkarte einen Strich zwischen uns gezogen hat.

Das hätte man wissen sollen, daß ein Strich auf der Landkarte Nationen und ihre Gefühle nicht trennt, und man hätte um so vorsichtiger sein sollen, als gerade die eigentlichen Preußen erweisbar nicht von uns abstammen, sondern bekanntermassen wendischer und slavischer Herkunft sind. Der Begriff Volk ist daher ein Rechtsbegriff, denn das Volk wird durch Gesetze und Staatsverfassungen zusammengehalten, während der Begriff der Nationalität ein kulturhistorischer Begriff aus der Naturgeschichte der Menschheit ist. So wenigstens lehrte mich einst mein großer Staatsrechtslehrer Zachariä in Heidelberg. Wollen wir uns diese Begriffe recht klar machen, so setzen wir dafür das einzig mögliche, und ein uns so nahe liegendes, jedem verständliches Bild; nehmen wir für das Volk die Familie, für die Nation die Seitenverwandtschaft.

Gegen unsere Familienglieder haben wir nicht nur heilige Gefühle, sondern auch erzwingbare Pflichten an unsere Staatsverfassung bindet uns ein heiliger Eid; — der Adresse einer gewissen Richtung gilt dieses Wort — gegen unsere Seitenverwandten aber haben wir ein offenes Herz, eine offene Hand, und ein offenes Haus zu Rath und That bereit, so lange sie auch uns diese Gesinnungen bewähren, aber listigen Ränkespinnern, welche gewaltthätig bei uns einfallen, werden wir je eher, je besser die Thüre weisen. Wollen wir von diesen einfachen Verhältnissen die Nutzanwendung auf unsere nationalen Beziehungen zu Preußen machen, so ist es doch wahrlich nicht schwer, den richtigen Vers darauf zu finden.

Das Meiste, was wir jetzt über unser nationales Verhältniß zu Preußen hören, ist, auf die Wahrheit zurückgeführt, Schwindel, purer Schwindel.

Dort wo unsere nationalen Gefühle Erwiderung finden mußten, ist reiner Partikularismus; Preußen will nur unter der Bedingung deutsch werden, daß Deutschland preußisch wird.

Von unserem Eintritt in den Nordbund kann daher nicht nur jetzt nicht, sondern niemals nach meiner Meinung die Rede sein; denn verbünden kann sich der Schwache mit dem Starken nur dann, wenn er sicher ist, daß ihm dieser die versprochene Treue hält, oder daß er irgendwo gegen den treubrüchigen Genossen sein Recht finden wird. Beide Vorbedingungen können wir bei Preußen nicht voraussetzen. Ein Bündniß mit Preußen kann immer nur die Fabel von dem Löwen und dem Lamm wiederholen, welche beide mit einander zum Jagen gingen. Als es zur Vertheilung der Beute kam, nahm der Löwe die Hälfte hinweg, weil er der Löwe sei, die andere Hälfte, weil ihm das Lamm von

wenig Nutzen gewesen sei, und als dagegen das Lamm bescheidene Vorstellungen machte, drehte ihm der Löwe den Hals herum, und verspeiste dasselbe.

Wer wäre unser Schutz, in einem Vertrage mit Preußen, wenn dieses noch einmal mit uns verfahren würde, wie im Jahre 1866? Sollen wir sein Beispiel nachahmen, und uns mit dem Auslande, etwa mit Frankreich, verbünden? Nein, gewiß nicht, denn dieses nimmt jetzt die Rolle ein, die ihm gebührt. Der Krieg von 1866 wurde mit ihm so gut wie mit Italien geplant, und jetzt sieht es sich überlistet. Allein ein Vortheil ist uns doch aus dieser Spannung zwischen Frankreich und Preußen erwachsen, der uns nicht entgehen kann, selbst wenn wir darauf verzichten wollen. Preußen ist, seitdem er als kleiner polnischer Vasallenstaat in der Geschichte auftauchte, ein Eroberungsstaat, und es kann diese Politik nicht aufgeben, wenn es sich nicht selbst aufgeben will. So ist dasselbe eine Gefahr für die ganze Welt, und wird um so gefährlicher, je größer es wird. Namentlich können Frankreich und Oesterreich diese Gefahr nicht noch größer werden lassen. Diese Gefahr ist es, welche diese beiden Staaten schließlich zu einem Bunde zusammenführt, nicht die Freundschaft; diese Gefahr ist es, welche uns beide Staaten zur Seite stellt, nicht Freundschaft zu uns, dieselbe Gefahr ist es aber auch, welche Preußen abhält, uns zu verschlingen, nicht sein Rechtsgefühl. Wie sehr täuschen sich die ängstlichen Gemüther, wenn sie glauben, wir könnten uns nur durch eine gewisse freundliche Willfährigkeit vor unserem beschlossenen Schicksale bewahren. Was hatten Hannover, Hessen, Nassau, Frankfurt, Schleswig-Holstein dem Preußenkönig zu Leide gethan, mit dem sie sogar durch Bande der Verwandtschaft verbunden waren, und doch hat er diese Gebiete ungeachtet aller früheren Versicherungen sich einverleibt.

Mir scheint es, und ich konnte diese Meinung in Berlin in mir nur bestärken, daß jede Annäherung von unserer Seite, jedes Herübergreifen Preußens über die Mainlinie den Krieg sofort bedeutet. Nur eine geschlossene Vereinigung der Südstaaten vermag es, den vertragsmäßigen Rechtsboden des Zollparlamentes festzuhalten, und die fernere Erhaltung der Selbstständigkeit durch Sammlung unserer eigenen Kräfte im Anschlusse an Oesterreich zu ermöglichen.

In diesem Sinne habe ich mit meinen Gesinnungsgenossen am 22. Mai 1868 in Berlin das bekannte Manifest der süddeutschen Fraktion an unsere Wähler unterschrieben, in welchem wir uns für eine entschieden freisinnige Politik und eine feste Verbindung der süddeutschen Staaten erklärten, um aus haltloser Vereinzelung herauszutreten, über gemeinsames Handeln, insbesondere in der Richtung auf militärischen Schutz des Südens uns zu verständigen, auch innerhalb des Zollvereins durch gleichmäßiges Vorgehen uns zur Geltung zu bringen und in gemeinnützigen Einrichtungen eine fruchtbare Initiative ergreifen und so unsere nationalen Pflichten erfüllen zu können.

Man sagt uns, die Süddeutschen wollten diesen Bund nicht. Was das

ſüddeutſche Volk in ſeiner großen Mehrheit betrifft, ſo läugne ich dieſe Behauptung. Daß dieſen Bund, der nach dem Prager Friedensvertrage berechtigt iſt, die Fortſchrittspartei und einzelne Regierungen nicht wollen, gebe ich zu, den Grund ihres Nichtwollens finde ich aus dem Ihnen ſoeben dargelegten Zwecke dieſes Bundes ſehr leicht erklärlich. Darum iſt aber dieſer Bund erſt hoffnungslos, wenn uns die Ereigniſſe überholen.

Ich fühle mich berechtigt, die Beſchuldigung, als ob ich einem Bündniſſe mit Frankreich jemals das Wort geredet hätte, als eine unbegründete Verdächtigung zurückzuweiſen. Einen Krieg kann Niemand mehr verabſcheuen als ich.

Daß wir mit jenem offenen Briefe nicht fehlgegriffen hatten, davon konnte ein ſchlagenderer Beweis nicht geliefert werden, als durch die Einwände, womit derſelbe von preußiſcher Seite angegriffen wurde.

Wenn ich mich nun zu unſeren inneren Angelegenheiten wende, ſo begegne ich zuerſt den religiöſen Kämpfen.

Fürchten Sie nicht, daß ich, indem ich auch hier Farbe bekenne, in die individuellen religiöſen Ueberzeugungen übergreifen werde. Ich könnte das, was ich hier ſagen muß, weil es zu dem ganzen Bilde unſerer Zuſtände gehört, ebenſogut ausſprechen, ſelbſt wenn ich mich von dem chriſtlichen auf den heidniſchen Standpunkt verſetzen würde.

Von der Religion, von religiöſen Einrichtungen und von Rechten der Kirche kann man freilich nur mit jenen Menſchen reden, welche wiſſen, daß die Religion Geſinnung des Herzens, Tugend, Wahrheit, Glauben, und Leben iſt, und daß ſie ſich auch in den Handlungen ausprägen muß. Mit jenen, welche annehmen, daß die Seele des Menſchen in ſeinem Blute liege, und mit dieſem in Verweſung übergehe, können wir natürlich einen Streit über das Bedürfniß der Religion nicht haben, denn dieſe haben keine Religion, und brauchen auch keine.

Ich beklage es auf das Tiefſte, daß man die religiöſen Ueberzeugungen in das Gebiet der Parteibeſtrebungen hineingezogen hat, und in einer Zeit der höchſten politiſchen Aufregung Fragen zur Löſung bringen will, welche nach der eigenen Behauptung unſerer Gegner von ſo großer Wichtigkeit ſind, und daher gewiß zweckmäßiger in Zeiten ruhiger Ueberlegung in Angriff genommen worden wären, nachdem ſie ſchon ſo oft und zu ſo verſchiedenen Zeiten, immer in Sturmperioden, erörtert, ein unbeklagtes aber klägliches Ende gefunden haben.

Der Umſtand, daß ſolche Unterſuchungen und Beſtrebungen in ſolchen Zeiten der Aufregung zu Tage treten, beweiſt ſchon, daß es nicht auf eine Löſung von wirklich zweifelhaften Fragen, ſondern auf Verwirrung der Köpfe abgeſehen iſt. Man verlangt da den Beweis deſſen, was man, nicht zu glauben, vorher ſchon entſchloſſen iſt. Das kommt nicht davon, daß man ſich durch Vernunftgründe entſchieden hat, oder daß man ſich die Mühe gegeben hätte, die Wahrheit oder Falſchheit der Religion zu unterſuchen, welche man verwirft, ſondern man fühlt das Joch, will es aber abweiſen, bevor man es kennt; mit einem Worte:

es ist der Kampf des Unglaubens gegen jede positive Religion.

So schien denn auch seit dem Jahre 1866 unseren Gegnern nichts dringender, als den Staat von der Kirche loszulösen, die Religion aus der Schule und aus dem Ehebande hinauszuschaffen, und so zunächst den Staat zu untergraben, weil dieser auf der christlichen Erziehung, auf der christlichen Familie und auf dem Gehorsam beruht, welchen die Religion lehrt und einpflanzt.

Die Lösung der kirchlichen Frage soll die Lösung der politischen Frage nur vorbereiten, denn Religion und Staat sind so innig mit einander verbunden, die Staatsgewalt ist so einzig auf den von der Kirche gelehrten Gehorsam begründet, daß nach Beseitigung oder auch nur Erschütterung des religiösen Glaubens auch die Grundlagen der Staaten wanken. Die Zerstörung der Kirche und der Staaten gehen Hand in Hand.

Man sagt uns freilich gerade das Gegentheil, man kämpfe nicht gegen die Religion, sondern nur gegen den Ultramontanismus, weil dieser das Bestreben habe, den Staat unter die Herrschaft der Kirche zu beugen.

M. H.! Diesem Kampfe gegen den Ultramontanismus würde ich mich ohne alles Bedenken anschließen, denn ich will vor Allem einen starken Staat, eine kräftige und energische Regierung, ich bin ja selbst ein Diener des Staates und dessen Beamter. Allein es bedarf eines solchen Kampfes nicht, denn ich bin fest überzeugt, und habe mich darüber wohl verlässigt, daß solche ultramontane Bestrebungen bei uns gar nicht bestehen, sondern daß sie nur in den Phantasien unserer Gegner existiren; sie wären ebenso sinnlos als hoffnungslos. Die Frage scheint mir vielmehr gerade umgekehrt zu liegen; unsere Gegner wollen der Kirche die wenigen Rechte vollends entziehen, welcher sie absolut bedarf, um ihre Aufgabe, die Menschen ihrem ewigen sittlichen Ziele entgegenzuführen, erfüllen zu können. Nicht um die Erwerbung neuer Rechte handelt es sich für die Kirche, sondern um die Entziehung ihres bisherigen ruhigen Besitzes. Da wir in einem Rechtsstaate leben, so stehe ich in diesem Sinne entschieden auf der Seite der Kirche.

Den Aufgeklärten zu Liebe soll jetzt das Volk überall nur Betrug und Verdummung wittern. Man hütet sich die Religion direkt anzutasten, allein man gießt Spott und Hohn aus über den Glauben an ihre Lehren, man spricht von Verdummung des Volkes durch die Religion, und so erkennt man denn auch hier, wie überall, die Vögel an ihren Federn.

Sollten jene, die sich so viel aufgeklärter halten, als die Weisen und Gesetzgeber aller Zeiten und Völker, sich auch wirklich den Unterschied zwischen ihrer Phantasie und der Wirklichkeit recht durchdacht haben, um so gewiß zu sein, daß der wirkliche Staat ohne die christliche Religion

bestehen könne? Oder sollten sie sich etwa einen nicht christlichen, also einen heidnischen Staat, aber doch einen Rechtsstaat denken, in welchem nur allein die Kirche keine Rechte haben dürfe? Und wenn ein solcher Staat ohne eine Religion sollte bestehen können, wie würde er gegen andere Staaten aushalten, in welchen die christliche Religion mit voller Kraft wirkt?

Und wenn endlich auch der Mensch, als Glied des Staates betrachtet, ohne Religion im Zaume gehalten werden könnte, wie viele unter so vielen Millionen werden sich dann finden, welche sich das gutwillig nehmen lassen, was sie als natürliches Recht mit auf die Welt brachten, den Glauben ihrer Väter, den Glauben an eine Vorsehung, die für Alles sorgt, an einen unsichtbaren Weltbeherrscher, dem Alles unterthan ist, einem unsichtbaren Beschützer, von welchem Hülfe kommt, wenn sonst nichts mehr helfen kann?

Welch' ein fluchwürdiges Unternehmen, dem Menschengeschlechte den Trost, der aus diesem Glauben entspringt, rauben zu wollen, und welch' ein Wahn, sich einzubilden, daß man diesen Raub vollbringen könne!

Was insbesondere die Schulfrage betrifft, so verweise ich auf das Referat des Reichsrathes und Präsidenten des protestantischen Oberconsistoriums Dr. v. Harleß, welcher die Regierungsvorlage, wie mir scheint, am schärfsten und richtigsten critisirt hat.

So Vielen, welche diese Frage zu Angriffen gegen die Geistlichkeit ausgebeutet haben, kann man mit gutem Gewissen die Kenntnisse und Erfahrungen und daher auch die Berufenheit zu einem Urtheile in dieser Sache geradezu entsprechen. Preußen erkennt die religiösen Fragen besser als wir, es weiß, was hinter denselben steht, und läßt sie nicht auf die Tagesordnung setzen. Lernen wir in diesem Punkte von ihm!

Wenn ich Ihnen endlich noch ein Programm für eine Regierung aufzustellen berufen wäre, so könnte ich dieses nicht besser, als indem ich Ihnen einige Sätze aus der Standrede eines der tiefsten Denker und gründlichsten Geschichtsforscher unseres Jahrhunderts vorführe, welche derselbe an einen deutschen Fürsten bei seinem Regierungsantritte gerichtet hat. Sie lauten:

„So wie Du dein Auge der Zukunft entgegenwendest, so lasse es auch auf die vergangene Zeit gerichtet sein; baue nicht auf fließende Gewässer und auf den Flugsand menschlicher Meinungen."

Sei ein christlicher Fürst, Säule zugleich des Glaubens und der Geistesfreiheit, damit durch dein Beispiel die Zeloten beiderlei Art verstummen mögen.

Dulde nicht, daß aufrührerische Gesinnungen die Grundlagen des Thrones untergraben, denn die große Säule des Hauses, auf welcher

alle Gewölbe ruhen, darf nie auf wankendem Grunde ſtehen, ſoll nicht das Ganze den Einſturz drohen.

Wolle auch die Erfahrungen der Zeiten ehren; das Volk hat ſich dem Fürſten nicht zur Dienſtbarkeit, ſondern zum Schutze übergeben, damit er nicht mit Gewalt über Sclaven, ſondern mit Milde nicht blos über die Bürger, ſondern auch für ſie herrſche.

Sei Du ein rechter Fürſt von Gottes Gnaden, und vollende, was Du früher angefangen.

Wolle nicht, daß die Nation, in Maſſe ſchon dem Ernſt des Krieges pflichtig, ſich auch im Frieden in eitlem, leerem und herausforderndem Spiele erſchöpfe.

Achte jegliches Verdienſt, und jedes Talent in deinem Reiche, aber laß Der jene frechen Glückspilze nicht zu nahe kommen, welche im Verderben der letzten Zeiten aufgeſchoſſen, in dem Schlamme der Sündfluth, welche über Deutſchland hereingekommen, feſtgehaftet. Wolle nicht, daß das Chriſtenrecht nur im Privatleben gelte, das Staatsrecht aber heidniſch ſei.

Was ſoll's ,wenn dem Volke von Tugend, Sittlichkeit und Gehorſam gepredigt wird, der Staat aber vor ſeinen Augen dem Baal auf allen Höhen Altäre baut, und Opferfeuer anzündet.

Soll der Bürger allein noch Milde und Gerechtigkeit üben, der Staat aber Alles niederſchlagen, was ſeine Tatzen erreichen?

Soll der Gott des Himmels und der Erde nur ein Hausgott ſein das gemeine Weſen aber ſeinem Dienſte ſich entziehen?

Nicht alſo, in Mitte Deines Landes herrſche ſein Geſetz, und Du ſei ſeiner Diener erſter.

„Wem viel anvertraut iſt, von dem wird auch viel gefordert."

Der Verfaſſer dieſer Sätze war wegen ſeiner liberalen politiſchen Richtung vielfach verfolgt und ſogar eingekerkert; ich führe Ihnen dieſelben auch deßwegen an, um zu zeigen, daß man liberal, dabei aber dennoch tief religiös ſein kann.

Zum Schluſſe noch ein Wort über die Freiheit. Der große Staatsrechtslehrer Zachariä warnt die Völker, zu viel Freiheit zu fordern; die Freiheit des Einzelnen ſoll nicht größer ſein, als daß daneben auch die Freiheit des Ganzen gedeihen kann. Wie nimmt es ſich in dem Munde unſerer Liberalen aus, wenn ſie nichts mehr ſonſt wiſſen, als um Aufhebung der Polizeiſtunde in den Wirthshäuſern zu petitioniren, und wenn daneben in dem famoſen Wahlcirculare den armen Holzhauern befohlen wird „weß Brod du ißt, deß Lied du ſingſt!" —

Bei den Wahlen rechne ich darauf, daß bei unserem Volke die Vaterlandsliebe die Politik ersetzt. Das Volk treibt keine Politik, es kennt nicht die Schlangenwege, die Ränke und Schwänke, und Lügen der Diplomatie; es treibt blos Patriotismus, aber diesen mit ganzer Seele, denn er sitzt im Herzen, in ihm liegt das Geheimniß der Nationalität, in ihm liegt das ganze Geheimniß, welches die Staaten zusammenhält.

Diese Gemüthspolitik ist die Politik der Begeisterung, und ohne Begeisterung wird keine große und edle That vollführt.

M. H.! Ein Hoch unserer Verfassung und unserem König, möge uns der Gedanke an Beide das Auge offen und das Herz warm erhalten!

Dr. Kurz.

Digitized by Google